

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. —
Hierteljährlich M 6.— bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 5.—, monatlich M 2.—, durch die Post abgeholt M 6.—.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.
Postfach-Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde-Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 80 Pfa., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 70 Pfa., im Amtsgerichtsbezirk 60 Pfa. Umtl. Zeile M 2.40, 2.10 und 1.80. Refl. M 1.80 Bei Wiederhlg. Rabatt. Zeitranbieter und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhühnsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großhaindorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr). Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 82.

Freitag, den 4. Juni 1920.

72. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Reichstagswahl.

Die nachstehende Bekanntmachung des Herrn Reichsministers des Innern über die Ausstellung von Wahlscheinen wird zur allgemeinen Beachtung hiermit veröffentlicht.
Dresden, den 31. Mai 1920.

Die Staatskanzlei.

Bekanntmachung

über Ausstellung von Wahlscheinen zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920. — Vom 26. Mai 1920.

Auf Grund des § 90 der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 (RGBl. S. 713) bestimme ich für die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 folgendes:

§ 1.

Ohne Eintragung in eine Wählerliste oder Wahlkartei sind auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen:

1. ehemalige Soldaten der Wehrmacht, die wegen Ruhen des Wahlrechts in die Wählerliste oder Wahlkartei nicht eingetragen, oder deren Namen dort mit dem Vermerk „ruht“ versehen worden sind, wenn der Grund für das Ruhen des Wahlrechts nachträglich weggefallen ist;
2. Auslandsdeutsche und ehemalige Angehörige der Abtretungsgebiete, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten und Wahlkarteien ihren Wohnort in das Inland verlegt haben;
3. Kriegsteilnehmer und im Ausland zurückgehaltene Reichsangehörige, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten und Wahlkarteien in das Inland zurückgekehrt sind;
4. ehemalige Angehörige Elsaß-Lothringens, die nachträglich die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Lande erworben haben.

§ 2.

Der Wahlschein ist nach dem Vordruck in der Anlage auszustellen.

Zuständig zur Ausstellung ist die Gemeindebehörde des Wohnorts. § 85 der Reichswahlordnung gilt sinngemäß. Sind die Voraussetzungen eines gewöhnlichen Aufenthalts in der Person des Antragstellers nicht erfüllt, so ist die Gemeindebehörde zuständig, in deren Bezirk sich der Antragsteller zur Zeit der Ausstellung des Antrags oder am Wahltag aufhält.

Die Ausstellung des Wahlscheins kann bis zur Ueberfendung des zweiten Stücks der Wählerliste oder Wahlkartei an den Wahlvorsteher (§ 18 Abs. 1 der Reichswahlordnung) beantragt werden.

§ 3.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 26. Mai 1920.

Der Reichsminister des Innern.

Roh.

Anlage.

Wahlschein.

zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920.

Der nachstehend benannte Reichsangehörige:

Nachname:
Vorname:
geboren am:
Stand oder Gewerbe:
wohnhaft in:
Straße und Hausnummer:

kann unter Abgabe dieses Wahlscheins in einem beliebigen Wahlbezirk ohne Eintragung in die Wählerliste oder Wahlkartei seine Stimme abgeben.

(Ort)
(Dienststempel)

den 1920.
Der
(Unterschrift)

Ausgabe der neuen Fett- und Milchkarten.

Der Tag der Ausgabe der neuen Landesfett- und Vollmilchkarten wird von der Gemeindebehörde bekannt gegeben. Die Anmeldung der Landesfettkarten hat sofort nach Empfang beim Butterhändler, die Anmeldung der Milchkarten beim Landwirt oder Milchhändler zu erfolgen.

Die Händler und Landwirte haben diese Ausweise zu 100 gebündelt bis 19. 6. 1920 bei der Gemeindebehörde abzugeben, welche sie dann bis zum 22. 6. 1920 mit den ausgefüllten Butterkundenlisten der Amtshauptmannschaft zu überfenden hat.

Sämtliche Landesfettkarten und Anmeldeausweise sind vor der Abgabe mit dem Stempel der Gemeinde zu versehen. Nicht gestempelte Ausweise werden zurückgemiesen.

Bei Empfangnahme der Landesfettkarten hat jeder Versorgungsberechtigte anzugeben, bei welchem Butterkleinhändler die zugeteilten Fettkarten angemeldet werden. Der Butterkleinhändler muß der Markenausgabestelle unbedingt zuverlässig angegeben werden, denn diesem wird nach den Aufstellungen die Butter und Margarine zugeteilt.

Den Versorgungsberechtigten darf von Seiten der Markenausgabestelle keinerlei Anweisung gegeben werden, bei welchem Kleinhändler die Anmeldung der Landesfettkarten erfolgen soll.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die von den Gemeinden zur Anmeldung gegebenen Termine, sowie die von der Amtshauptmannschaft zur Einreichung der Butterkundenlisten und Anmeldeausweise gefetzte Frist genau einzuhalten ist, da sonst eine rechtzeitige und zureichende Belieferung in Frage gestellt wird.

Ramenz, am 2 Juni 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Nährmittelabgabe.

Von Mittwoch, den 3. Juni ab kommen durch die Kleinhändler des Bezirkes auf die Abschnitte 52 der allgemeinen Nährmittelkarte und der Kindernährmittelkarte einhalbes Pfund Haferflocken

zum Preise von 1.50 Mk. und auf den gleichen Abschnitt der Kindernährmittelkarte einhalbes Pfund Kindergerstemehl (gepackte Ware)

zum Preise von 1.10 Mk. zur Ausgabe.

Ramenz, am 3. Juni 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Auf Blatt 375 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Emil Thomas in Pulsnitz und als ihr Inhaber der Kaufmann Emil Thomas dafelbst eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Hofenträgern.

Pulsnitz, am 8. Mai 1920.

Amtsgericht.

Sonnabend, den 5. Juni 1920

findet im städtischen Freibankgebäude von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags

Verkauf von Ia. nordamerikanischen Schweineschmalzes

zum Preise von 22.50 M für 1 Pfund fett.

Das Schmalz ist handelsfreie und erstklassige Ware. Die Abgabe erfolgt markentreu in beliebigen Mengen.

Geld ist abgezählt bereit zu halten. Gefäße oder Einpackpapier sind mitzubringen.

Pulsnitz, am 4. Juni 1920.

Der Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

Der Berliner Schiedspruch in dem Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen steht eine Verdoppelung der bisherigen Honorarfätze vor.

In der vergangenen Nacht haben in Berlin Verhandlungen mit Vertretern der ungarischen Regierung über die Grundlagen des gegenseitigen Wirtschaftsvertrages stattgefunden, die zu einer Einigung geführt haben.

Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums befinden sich Oberst Bauer, Major von Stefani und Major Bischoff seit 24. Mai in Budapest. Gerüchweise verlautet, daß auch General von Wittwig dort sei.

Nach einer Havasmeldung aus London hat man dort in gut unterrichteten Kreisen erfahren, in Südrussland sei ein Bauernaufstand ausgebrochen, aber blutig niedergeschlagen worden. Hunderte von Bauern seien getötet und viele Dörfer vollständig zerstört worden.

Das Washingtoner Ackerbaubureau schätzt den Durchschnittsstand an Baumwolle am 1. Juni d. J. auf 62,4 Prozent gegen 75,6 im Jahre 1919, 82,3 im Jahre 1920 und 69,5 im Jahre 1917.

Staatsminister Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner vollendete am 3. Juni sein 75. Lebensjahr. Die Lauterkeit seiner Persönlichkeit hat ihm die Achtung weiter Kreise ohne Unterschied der Partei gesichert.

In Halle werden für Sonnabend nachmittag nach Arbeitschluss von der U. S. P. Massendemonstrationen der Arbeiter angekündigt.

Die deutsche Luftreederei nimmt in nächster Zeit den Luftverkehr Schweiz-Deutschland wieder auf.

Durch den in der Magdeburger Börde ausgebrochenen Streik der Landarbeiter erscheint besonders die Zuckerrübenenernte bedroht.

Nach an der Berliner Börse vorliegenden Privatmeldungen stielte sich die Mark gestern in Holland auf 7,05-7,10, in Zürich auf 14,50, in Kopenhagen auf 15 1/4 und in Stockholm auf 12 1/4.

General Reinhardt hat erklärt, daß verfassungstreue Truppen genug vorhanden seien, um einem etwaigen Putsch mit Erfolg entgegenzutreten zu können.

Wie dem „Journal“ berichtet wird, fallen auch in England die Preise für alle möglichen Artikel des täglichen Bedarfs.

Der Beginn der Brüsseler Finanzkonferenz ist nunmehr auf den 5. Juli festgesetzt, der eine vorbereitende Konferenz in London vorausgeht.

Vertische und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Wahlversammlung.) Auch die am Mittwoch Abend abgehaltene Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei legte wieder Beweis dafür ab, ein

wie geringes Interesse unter der Wählerschaft für die Reichstagswahlen zu herrschen scheint. Dies bedauerlich ist es, diese Tatsache feststellen zu müssen und es will uns ganz unverständlich erscheinen, wie ein Deutscher, ob Mann ob Frau, dem doch das Wohl des Vaterlandes naturgemäß am Herzen liegen muß und wäre es auch nur um seines eigenen, heiligen „Ich's“ willen, der also doch insolge dessen auch das Verlangen in sich verspüren muß, für seine Person mitzuhelfen am Wiederaufbau des Vaterlandes, mitzuhelfen, daß das Elend und die schlimme Not einmal ein Ende nehmen möchte, mitzuhelfen, daß auch wieder einmal Tage kommen, wo man mit Stolz sagen kann: „Ich bin ein Deutscher und will ein Deutscher sein“, sich so flau in dieser die Wahl vorbereitenden Zeit verhält. Ist es denn noch immer nicht zum Bewußtsein der Wähler gekommen, daß es sich am 6. Juni um eine Wahl von ganz besonderer Bedeutung handelt, daß es diesmal gilt, das Wohl oder Wehe des deutschen Vaterlandes für lange Zeit hinaus zu bestimmen, daß es diesmal um's Ganze geht. Denke daran am 6. Juni, daß das Schicksal, dein eigenes Wohl wie das unser aller, in deine Hände gegeben ist und deshalb ist es deine heiligste Pflicht, am 6. Juni zur Wahlurne zu schreiben. Niemand soll glauben, auf seine Stimme komme es nicht an, jede Stimme ist von unendlicher Wichtigkeit. — Der für die Wahlversammlung angemeldete Redner, Herr Generalsekretär Berger aus Dresden mußte in Folge



plöblichen Erkrankens ablagen. An seiner Stelle hielt Herr Fink in dem Bremen den Wahlvortrag, in dem er zunächst die Behauptung einiger Flugblätter, ein Wahlsieg der Rechtsparteien würde den Bürgerkrieg bringen, wiederlegte. Wenn ein Bürgerkrieg käme, dann kommt er auch ohne einen Sieg der Rechtsparteien, dann kommt er eben, weil ihn die Linksradikele durchaus führen wollen. Des weiteren gibt der Herr Redner einige allgemein verständliche Aufklärungen über Profit und Bedarfswirtschaft und wendet sich dann zu der Frage des Wiederaufbaues. Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß man zu diesem Zwecke andere Wege beschreiten muß, doch wird sie niemals sich zu einem Schritt entschließen können, der die Arbeiter in eine radikale Richtung treibt. Im Gegenteil, wir müssen mit dem Arbeiter zusammenstehen, wir müssen über die Parteistreitigkeiten hinweg uns die Hand zu gemeinsamer Arbeit zu reichen suchen; freilich wird es schwer halten, die dem politischen Arbeiter eingelernten Dogmen zu überbrücken. An der Hand eines Flugblattes behandelt der Vortragende die Tätigkeit und die einzuschlagenden Wege und Forderungen der deutschen Volkspartei. Sie verlangt Lebenserfahrung und sachliche Tätigkeit als Ergänzung der politischen Arbeit. Verantwortungsvolle Posten können nur dazu geeignete und geschulte Leute, Fachmänner, übernehmen. Heute steht nicht immer der Sachkennner dort, wo er stehen müßte. Heute bekleidet z. B. in Barmen ein Altwarenhändler und Sagator die Stelle des Vorstandes eines großen städtischen landwirtschaftlichen Betriebes. Leider war eben das Parlament nicht in der Lage, die Wirtschaftstragen von einem Standpunkte aus zu behandeln, der über den Parteien steht. Auch in den Betriebsrat sollten Leute gewählt werden, die Lebenserfahrung besitzen und im Betriebe Tätiges leisten, dann wird auch der Betriebsrat noch eine Form annehmen, die die Arbeit verbessern und das Arbeiten erleichtern hilft. Die Deutsche Volkspartei verlangt die Kammer der Arbeit, in der Unternehmer, Gewerbetreibende, Arbeiter z. Einfluß haben sollen auf die Regelung der Wirtschaftstragen. Auf diesem Wege sei es zu erhoffen, daß auch die Gewerkschaften z. in Zukunft den Klassenkampfgedanken aufgeben, um in gemeinsamer Arbeit den Wiederaufbau zu fördern. — Es wird immer ein Ding der Unmöglichkeit sein, alle Parteiangehörige auf ein bestimmtes Parteiprogramm zu vereinen; gewisse Abweichungen werden sich immer finden. Diesmal handelt es sich darum, daß ein Parlament gewählt wird, das in der Lage ist, die richtigen Leute an die richtige Stelle zu setzen, damit nicht Unfähige eine erlangte Macht mißbrauchen. — Die Linksradikele wollen ja gar keine Demokratie, sie wollen nur über den Weg der Demokratie die Diktatur des Proletariats erreichen. Wer also am Wahltag entschlossen ist, den Mittelstand zu schützen, in allen Fragen deutsch zu sein, dem Vaterlande zum Wiederaufbau zu verhelfen, die wirtschaftlichen Fragen in gemeinsamer Arbeit mit dem arbeitenden Volke zu erledigen, wer entschlossen ist zu einem Zusammengehen auf dem Gebiete geregelter Arbeit, wer eingesehen hat, daß der sozialistische Gedanke nicht in der Lage ist, den Wiederaufbau zu fördern, wer es mit erreichen will, daß die Politik auf den Weg des Fortschrittes gebracht werde, wer erkannt hat, daß bei diesem Wichtigen doch der Wiederaufbau das allerwichtigste ist, und wer zu diesem Zwecke Fachleute berufen sehen will, der gebe am Wahltage seine Stimme der Deutschen Volkspartei. — Da sich nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag niemand zur Debatte meldete, wurde die Versammlung von Herrn Rechtsanwalt Kessler geschlossen, nachdem er nochmals auf die Wichtigkeit der Wahl und die Pflicht aller, das Wahlrecht auszuüben, hingewiesen hatte. G. M.

Pulsnik. (Wahlversammlung.) Die am gestrigen Abend abgehaltene Wahlversammlung der sozialdemokratischen Partei hatte verhältnismäßig guten Verlauf aufzuweisen. Als Redner war Herr Abgeordneter Sindermann gewonnen worden, der, nachdem die Versammlung durch Herrn Abgeordneten Günther, hier, eröffnet worden war, das Wort ergriff. Der Herr Vortragende befaßte sich zunächst mit einigen Richtigstellungen von Behauptungen und Ausführungen, die der sozialdemokratischen Partei vom rechten und linken Flügel zum Vorwurf gemacht worden sind. Als vor 1 1/2 Jahren niemand da war, der sich des in Not geratenen Vaterlandes angenommen hätte, als zu jener Zeit alle die rechts stehenden Parteien verschwunden gewesen wären, da habe es die sozialdemokratische Partei gewagt, das Steuer in die Hand zu nehmen, obwohl sie sich der erdrückenden Größe der Verantwortung bewußt gewesen wäre, nur, um wieder Ordnung und Ruhe zu schaffen. — Der Redner wendet sich an alle Arbeiter, die geistige oder körperliche Arbeit verrichten, denn sie alle sind berufen, am Aufbau des Vaterlandes mitzuwirken, und beipflichtet dann die von rechts bekämpften Erzeugnisse der Revolution, die heute von allen anderen Ländern herbeigeführt werden. Wenn obwohl die alliierten Mächte Deutschland militärisch geschlagen hätten, so stiehe doch die deutsche soziale Republik kulturell über all diesen Staaten. Streits habe sich die Sozialdemokratie von dem Grundgedanken lassen, über dem Weg der Demokratie zum Sozialismus zu kommen. Hier schaltet der Redner eine Betrachtung der russischen Verhältnisse ein und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dann, wenn erst einmal in Rußland wieder genügend Getreide gebaut wird, auch für uns bessere Tage kommen werden. Alsdann wendet sich Herr Sindermann zu den Ursachen des Krieges und den Ereignissen während desselben. Der Krieg sei dem internationalen Kapitalismus zu danken, der dabei das beste Geschäft gemacht habe. Die Sozialdemokratie habe stets den Friedensgedanken propagiert, sei aber überall auf Widerstand gestoßen, denn die damalige Regierung behauptete, den Krieg zu gewinnen. Der Herr Redner wendet sich nun zu dem von seiner Partei durchgeführten gleichen, geheimen, direkten Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an, er beipflichtet die Stellung der Sozialdemokratie zu Religion und Kirche, die er als ein Instrument des internationalen Kapitalismus bezeichnet und ist der Meinung, daß eine etwa zustandekommende rechte Mehrheit die größte Gefahr für das Deutsche Reich bedeute. — Dann erwähnt der Redner die Behandlung der auswärtigen Politik, die getragen sein muß von der Liebe zum Völkerverbund, von der Liebe zu einem dauernden Weltfrieden und geht dann über zu dem Friedensvertrag von Versailles, der hätte unterschrieben werden müssen, um die furchtbare Blockade zu beseitigen. Doch eine Erfüllung der Friedensbedingungen sei natürlich ausgeschlossen, das würden ja die Alliierten, nachdem ihre Kommissarien lange genug in Deutschland herumgeschweifelt haben, bei der Konferenz in Spa selbst einsehen. Dann werden die Finanzen besprochen. Die Kriegsanleihe erforderte jährlich 11 Milliarden Zinsen, und dennoch darf sie nicht fallen gelassen werden, da sonst die kleinen Sparer ihr Geld verlieren würden. Zu dieser Zinsdeckung sei das Reichsnotopfer geschaffen. Auch die Einkommensteuer muß noch ganz andere Summen abwerfen, desgleichen die Erbschaftsteuer. — Wie befinden uns in einer furchtbaren Situation, deshalb gilt es, daß jeder sein Leutes herbeige. Wir haben das Zeug dazu. Noch nie sei das Proletariat verzagt gewesen, und dies sei die Hoffnung des Auslandes. Unser Vaterland soll frei und glücklich sein durch die Demokratie

und den Sozialismus. — Nach der mit Beifall aufgenommenen Rede meldet sich niemand zur Debatte. Herr Abgeordneter Günther weist in seinem Schlusswort nochmals auf alle die Mittel und Manöver hin, die seitens der rechten Parteien in den Wahlkampf geworfen würden, und weist alle die der Sozialdemokratie und der Regierung gemachten Vorwürfe zurück und fordert auf, am 9. Juni der Sozialdemokratie die Stimme zu geben. Darauf wird die Versammlung geschlossen. G. M.

Pulsnik. (Vom Telephon.) Nach § 3 des Gesetzes, betreffend Telegraphen- und Fernspreckgebühren vom 6. Mai 1920, erhöht sich die jährliche Pausch- und Grundgebühr für Teilnehmeranschlüsse vom 1. Juli 1920 ab im allgemeinen um 100 v. H. In Pulsnik beträgt die Pauschgebühr künftig 560 M. Die Grundgebühr in Pulsnik ist auf 240 Mark festgesetzt, wozu noch die Gesprächsgebühren für jährlich mindestens 400 Gespräche zu 20 Pfg. treten. Die Kosten für einen Anschluß lassen sich danach bis auf 320 Mark jährlich einschränken. Die Teilnehmer haben ferner zum Ausbau des Fernsprecknetzes einen einmaligen Beitrag von 1000 M für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß zu leisten. Die Zahlung kann einmalig oder, wo das wirtschaftliche Bedürfnis vorliegt, in vierteljährlichen Raten erfolgen. Ein besonderes Merkblatt über den einmaligen Beitrag wird den Inhabern der Hauptanschlüsse von den zuständigen Vermittlungsanstalten in den nächsten Tagen zugestellt werden. Jeder Fernspreckteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis 15. Juni 1920 zum 30. Juni 1920 zu kündigen.

Wohin sind wir gerufen?
 Noch nicht genug des Elends?
 Auch noch Katerstunde und völliger Untergang?
Nein!
 Nur eine Rettung:
Bürgerlich wählen!

— (Die Zusammensetzung der Landes-sicherheitspolizei.) Die Landes-sicherheitspolizei hat soeben eine zahlenmäßige Zusammenstellung der Berufskreise vorgenommen, aus denen die Angehörigen der Polizeitruppe sich zusammensetzen. Daraus ergibt sich, daß von den 3197 Beamten (nach dem Stande von Anfang Mai) 2214 ehemalige Arbeiter waren. Das sind 73 Prozent. Ferner waren 541 ehemalige Kaufleute, 41 frühere Beamte und 401 Friedenskapitulanten (ehemalige Unteroffiziers-schüler), die ebenfalls zum größten Teil aus einfacheren Volkskreisen entstammen. Unter den Arbeitern sind gelernte und ungelernete, unter den Kaufleuten auch Architekten, Buchhändler, Reisende und Schreiber, jedoch in der Tat alle Kreise der werktätigen Bevölkerung in der L. S. P. vertreten sind.

— (Das teure Fröhobit.) Die bayerische Landesstelle für Obst und Gemüse richtet an die Bevölkerung eine dringende Mahnung zur Zurückhaltung beim Einkauf von Fröhobit, da in Württemberg, Ungarn und Südtirol eine geradezu hervorragende Ernte zu erwarten sei und niemand Angst zu haben brauche, daß er nicht zu seinem Fröhobit komme. Es wird ausdrücklich betont, daß Fröhobit wegen seiner Verderblichkeit vom Erzeuger und vom Handel nicht zurückgehalten werden kann. Die Preise für die Ware müssen also fallen, wenn die Käufer sich nur einigermaßen Beschränkung auferlegen.

— (Zur Erhöhung der Fernspreckgebühren.) Die Reichspostverwaltung wird in den nächsten Tagen den Inhabern der Fernspreckanschlüsse ein Merkblatt zugehen lassen, in dem die Zahlungsbedingungen für den einmaligen Beitrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß, von 200 M für jeden Nebenanschluß festgesetzt sind. Die Post fügt dieser Mitteilung hinzu: „Jeder Fernspreckteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis zum 15. Juni 1920 zum 30. Juni 1920 zu kündigen.“ Dieser freundlichen Aufforderung der Postverwaltung wird jedenfalls in einem Maße entsprochen werden, das der Postverwaltung nicht ganz erwünscht sein wird. Es liegen Meldungen vor, nach denen die Mitglieder ganzer Berufsorganisationen und wie z. B. aus Schildau gemeldet wird, die Fernspreckteilnehmer des ganzen Ortsnetzes einstimmig beschlossen haben, sämtliche Anschlüsse zu kündigen, falls die angekündigte Erhöhung der Fernspreckgebühren und die Einziehung der 1000 Mark für jeden Fernspreckanschluß tatsächlich durchgeführt werden sollte.

— (An die sächsischen Landwirte.) Der sächsische Landeskulturrat erläßt folgenden Aufruf an die sächsischen Landwirte: „Zum ersten Male winkt nach langen schweren Jahren der deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit des Abbaues der Zwangswirtschaft. Anstelle der behördlichen Beschlagnahme der Kartoffeln sollen freie Lieferungsverträge treten, deren Durchführung aber nur dann möglich ist, wenn die genügende Zahl von Landwirten sich findet, die zum Abschluß solcher Lieferungsverträge bereit sind. An Euch, sächsische Landwirte, ist es jetzt, zu Eurem Heile dazu beizutragen, daß endlich die schweren Fesseln eingetragener gelodert werden, die seit Beginn der Kriegszeit im Interesse der All-

gemeinheit Euch auferlegt sind. Jeder Landwirt muß es für seine Pflicht gegen sich wie gegen die Gesamtheit seiner Berufsgenossen halten, sobald wie möglich den Abschluß von Lieferungsverträgen, die ihm in dem nun gewährten Preise für die Kartoffeln der künftigen Ernte außerdem noch besondere Vorteile bieten, herbeizuführen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und der organisierte Kartoffelhandel werden in der allernächsten Zeit mit näheren Mitteilungen an Euch herantreten. Folgt ihrem Rufe, keiner bleibe zurück. Sorgt dafür, daß die sächsischen Landwirte hinter den übrigen deutschen Landwirten nicht zurückstehen, wenn es gilt, endlich einmal den Anfang eines Abbaues der Zwangswirtschaft zu machen.

— (Beilagen) Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegen vier Beilagen bei: „Wähler und Wählerinnen“ der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei; „Aufruf der Deutschen Volkspartei“; „Wahlsonderausgabe Nr. 4 der Sachsenstimme“ der Deutschen Volkspartei und „Wählt Rätz-Weber-Dehne“ der Deutschen Demokratischen Partei auf die wir besonders hinweisen.

— (Erhöhung der Gebührentaxe für Ärzte und Zahnärzte.) Das sächsische Ministerium des Innern gibt im Verordnungswege bekannt, daß die 50 prozentige Erhöhung der ärztlichen Gebührentaxe vom 28. März 1889, die am 24. Oktober 1919 verfügt wurde, aufgehoben wird, und daß von jetzt ab mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert sämtliche Sätze der sächsischen Gebührentaxe für ärztliche und zahnärztliche Privatpraxis um 200 Prozent erhöht werden.

— (Wetterlage vom 3. Juni.) Ein Minimum über Nord- und Osteuropa und ein Hochdruckgebiet über Westeuropa veranlassen in Deutschland eine lebhaft westliche Luftströmung, welche veränderliches, kühlere, meist trockenes Wetter mit kühlere Temperatur veranlaßt hat, und sich indessen auch Regenschauer einstellen. Da auf der Rückseite dieses Minimums sich ein neues entwickeln wird, so sind auch für die nächsten Tage noch mehr oder weniger ergiebige Regenfälle zu erwarten und wird sich wohl erst zu Anfang der nächsten Woche etwas wärmeres und schöneres Wetter einstellen.

— (Wir machen unsere Leser noch auf folgendes aufmerksam): Die Stimmzettel für die Reichstagswahl müssen eine bestimmte gesetzlich vorgeschriebene Größe haben. Soweit die Stimmzettel, die Nr. 4 der Sachsenstimme angefügt sind benutzt werden, müssen sie genau auf der Linie ausge schnitten werden, da sie sonst zu groß oder zu klein und damit ungültig wären.

Ramenz. (Wegen Reinigung der Amtsräume) der Bezirksvereinnahme — Finanzamt — Ramenz, werden Freitag und Sonnabend, den 4. und 5. dieses Monats nur dringliche Geschäfte erledigt.

Bauzen. (Neuer Bezirksschulrat.) Vom 1. Juli 1920 ab ist der Prof. Johannes Theodor Krahl am Seminar zu Leipzig-Connewitz zum Bezirksschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Bauzen mit dem Amtsitz in Bauzen ernannt worden.

— (Ein neuer Bezirksschulrat in Bauzen.) Vom 1. Juli 1920 ab ist der Professor Johannes Theodor Krahl am Seminar zu Leipzig-Connewitz zum Bezirksschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Bauzen mit dem Amtsitz in Bauzen ernannt worden.

Dresden. (Unwahre Gerüchte.) Der frühere Ministerpräsident Dr. Gradnauer ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Wie mir mitgeteilt wird, werden trotz früherer Richtigstellung fortdauernd im Wahlkampf Behauptungen ausgeteilt, daß ich mich in meiner Amtszeit bereichert habe oder daß ich nach Ausscheiden aus dem Amte in eine geschäftliche Stellung mit hohen Bezügen eingetreten sei und ähnliches mehr. Ich erkläre hierzu, daß an allen diesen Ausstreunungen, in welcher Gestalt sie auch auftreten, auch nicht das Geringste wahr ist. Weder habe ich Millionen oder Hunderttausende erworben, noch ein Rittergut, noch bin ich in eine Bankfirma oder ein anderes Unternehmen eingetreten. Wenn die beleidigenden Gerüchte noch weiter verbreitet werden, sehe ich mich genötigt, den Strafrichter anzurufen.

— (Das Postschekamt Dresden) wird voraussichtlich am 1. Oktober in Betrieb genommen werden. Es wird im Geschäftshause der Firma Robert Bernhard, Annenstr. 10/11, Zwingerstr. 10, untergebracht, das zu diesem Zwecke von der Reichspostverwaltung angemietet worden ist.

Dresden. (Die Vermählung der Prinzessin Margarethe von Sachsen), der ältesten Tochter des früheren Königs von Sachsen, mit dem Erbprinzen Friedrich Viktor von Hohenzollern hat Mittwoch mittag in Sibyllenort im englischen Familienkreise stattgefunden.

Dresden, 3. Juni. (Einigung im sächsischen Bergbau.) Im sächsischen Steinkohlenbergbau haben die Bergarbeiter bei Verhandlungen mit dem Bergbaulichen Verein für Zwickau und Lugau-Delsnitz anerkannt, daß eine Stabilisierung unserer Marktverhältnisse angestrebt werden müsse. Es wurde eine Verständigung darin erzielt, daß keine allgemeine Schichtloohnerhöhung eintritt und der Durchschnittsverdienst der Feuer wie bisher auf etwa 48 bis 51 M stehen bleibt. Eine Verdoppelung des Kindergeldes wurde dagegen zugesagt.



Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 3. Juni. (Unterredung mit dem Reichswehrminister.) Reichswehrminister Geßler führte in einer Unterredung mit dem Hauptkrisenleiter des „Berl. Tagebl.“ u. a. folgendes aus: Der Gedanke, einen Putsch — mag er von rechts oder links kommen — zuzulassen, wird von den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr abgelehnt. Ich komme soeben aus Schlesien zurück. Die Truppen machen dort einen sehr guten Eindruck. Das Mißtrauen, das aus den Tagen des Kapp-Putsches her noch an manchen Stellen zwischen Truppen und Bevölkerung besteht, so hoffe ich wird allmählich verschwinden. In Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen ist die Lage zurzeit so, daß die Rechte einen Linksputsch und die Linke einen Rechtsputsch befürchtet. In dieser gespannten Lage kommt es allein darauf an, die Ruhe zu bewahren und zu verhindern, daß an irgend einer Stelle der Funke in das Pulverfaß geworfen wird. Sollte es zu Unruhen kommen, so ist es Sache der Polizei und der Sicherheitspolizei, bez. der Länder, ihrer Herr zu werden. Reichen deren Kräfte nicht aus, so werden die Regierungen der Länder die Reichswehr zu Hilfe rufen. Bei aller Loyalität, mit der ich entschlossen bin, den von der Regierung unterzeichneten Friedensvertrag zu erfüllen, kann ich darüber doch keinen Zweifel hegen, daß gerade die Durchführung einer weiteren Heeresverminderung auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt. Wie die Geschichte der Auflösung der Brigade Ehrhardt und auch der Freikorps beweist, stößt die Auflösung dieser schon verhältnismäßig schwachen Verbände auf beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten. Diese Fragen werden in Spa hoffentlich mit großer Sachlichkeit behandelt werden können. Zum Fall Paasche erklärte der Minister, daß die Offiziere der Reichswehr mit ihm eines Sinnes darüber seien, daß die Tötung dieses Mannes nur aufs Schärfste zu verurteilen ist.

Berlin, 3. Juni. (Die ablieferungspflichtigen Handelschiffe.) Bezüglich der nach dem Friedensvertrage ablieferungspflichtigen, aber noch im Bau befindlichen deutschen Handelschiffe von insgesamt 325 000 Bruttoregistertonnen war im Verträge die Frage offen geblieben, auf wessen Kosten diese Schiffe zwecks Ablieferung fertiggestellt sind. Nach Vereinbarung mit der deutschen Schiffschicksdelegation in London werden diese Schiffe nunmehr auf deutsche Rechnung fertiggestellt. Die Alliierten erhalten von diesen fertigen Schiffen 225 000 Bruttoregistertonnen, Deutschland dagegen nur 100 000 und leider nur diejenigen, welche zur Zeit den geringsten Fertigungsgrad aufweisen. Abgelehnt dagegen wurden die Anträge auf Ueberlassung von weiteren 45 000 Tonnen an Deutschland. Es muß jetzt umsomehr der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß die Reparationskommission in Würdigung der im 2. Memorandum noch einmal nachdrücklich hervorgehobenen Momente in kürzester Frist Verfügung trifft, ein Teil des noch ablieferungspflichtigen Schiffsraumes Deutschland belassen wird.

Berlin, 4. Juni. Reichspräsident Ebert erschien gestern nachmittag 5 Uhr in Begleitung des Geheimrats v. Briesdorff vor Ministerium des Innern und des Polizeipräsidenten Richter in der Alexanderkaserne der Sicherheitspolizei, wo er von dem Kommandeur der Sicherheitspolizei Oberst Kaupisch und Oberst Feinrich empfangen wurde. Der Reichspräsident ließ sich die Abteilungsleiter vorstellen und hielt dann eine Ansprache, in der er betonte, daß er durch die gute Disziplin und den frischen Geist, mit dem die Truppe erfüllt sei, erfreut sei.

(Die jetzige Regierungskoalition erledigt.) Wie unser Berliner Vertreter erzählt, will sich die Zentrumspartei nur dann noch an einer Regierungskoalition beteiligen, wenn diese durch eine Rechtspartei verstärkt wird. Das Bürgerium Deutschlands könne einer Regierung nur dann Vertrauen schenken, wenn der allzu starke sozialistisch-demokratische Einschlag auf ein bestimmtes Maß reduziert wird. Diesem Umstand müsse Rechnung getragen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß dann die Sozialdemokraten nicht an der Regierung teilnehmen. Damit ist die Regierungskoalition in ihrer jetzigen Zusammenstellung nach den Reichstagswahlen tatsächlich unmöglich.

Polen.

Warschau, 3. Juni. (Die polnische Armee in der Auflösung?) In Warschau sind einzelne geflohene polnische Offiziere eingetroffen, die Nachrichten über die verzweifelte Lage der polnischen Armee mitgebracht haben. Danach ist das polnische Heer in voller Auflösung begriffen und zieht sich in regelloser Flucht zurück. Die bolschewistischen Truppen folgen auf den Ferjen. Die französischen Instruktionsoffiziere sind machtlos und die Hilfsschreie nach französischen Truppen würden, selbst wenn sie Erhöhung fänden, wirkungslos bleiben, weil dann die Katastrophe längst nicht mehr aufzuhalten ist. Als sicher aber muß gelten, daß hier niemand an einen ernsthaften Widerstand der polnischen Truppen glaubt. Die meisten und zwar Angehörige aller Parteien, sind der Ueberzeugung, daß in nicht allzuferner Zeit die Bolschewisten an der ostpreussischen Grenze stehen werden. Der Ententemission im Nemelgebiet hat sich deshalb eine gewisse Nervosität bemächtigt.

England.

— Laut „Telegraph“ veröffentlicht die Times den Brief eines hervorragenden französischen Staatsmannes, der ungenannt zu bleiben wünscht, in dem es u. a. heißt: In Frankreich zweifle man zuweilen schon an der moralischen Unterstützung durch England bei der Ausführung des Friedensvertrages. Man sagt in England, wir seien streitlustig, unzufrieden und unvertäglich. Jeder Engländer, der die verwüsteten Gebiete besucht, kann sich davon überzeugen, was wir in 18 Monaten geleistet haben. Alle Eisenbahnen, Brücken und Tunnel sind wieder

hergestellt, ebenso zwei Drittel der Kanäle. Etwa 60% der Landstrecken sind wieder befestigt, über die Hälfte der Fabriken wieder aufgebaut. Wir haben in Hütten nur das verlangt, was Graf Brockdorff bereits im Mai 1919 vorschlug. Seit dem 10. Januar ist der Friedensvertrag in Kraft. Nicht einer der Artikel, die im März, April und Mai ausgeführt sein mußten, ist erfüllt. Wir haben das Gefühl, daß man in London den Rat gibt, nicht zu kräftig auf die Ausführung zu dringen. Der Schreiber fordert zum Schluß zur Solidarität und gegenseitigen moralischen Unterstützung zwischen England und Frankreich auf.

(Die Verhandlungen mit Krassin.) Die Londoner politischen Kreise werden völlig durch die Verhandlungen mit den russischen Vertretern in Anspruch genommen, trotzdem diese mit großer Geheimniskrämerie geführt werden. Die Ablehnung Frankreichs, an den Verhandlungen teilzunehmen, erregt großes Aufsehen, da man daraus erschließt, daß ein intimes Zusammenarbeiten zwischen beiden Regierungen noch nicht besteht. Trotz der französischen Ablehnung hält die englische Regierung die Verbündeten dauernd über die Verhandlungen auf dem Laufenden. Nach Pariser Meldungen verfolgt man dort auch mit gespanntester Aufmerksamkeit die Besprechungen, da man befürchtet, daß sie gefährlich für die Interessen Frankreichs werden könnten. Man hat den Verdacht, daß die Engländer nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetregierung führen, wodurch nach französischer Auffassung die ursprünglich beabsichtigte Grenze überschritten wird.

Carmol

tut wohl

bei Rheuma, Hexenschuß, Kopf-, Hals-, Zahnschmerzen.

Verlangen Sie i. d. Verkaufsstellen ausdrücklich Carmol.

Können Sie unsere Präparate am Platze nicht erhalten, so wenden Sie sich, bitte, direkt an uns, wir veranlassen dann Nötiges

Carmol-Fabrik, Rheinsberg, Mark(539)

Griechenland.

(Wiedereinführung der Monarchie in Griechenland?) „Times“ melden aus Athen: Venizelos hat sich bereit erklärt, die Frage der Wiedereinführung der monarchistischen Regierungsform ernstlich zu erörtern, falls die Ulgation für die Rückkehr des Erbprinzen Konstantin andauere. Das Parlament soll darüber befragt werden, ob es der Einführung eines Verfassens zustimme, durch das die royalistischen Intrigen der Anhänger des Erbprinzen Konstantin vereitelt werden.

Stresemann über die Schuld der Demokratie.

Der Reichskanzler Hermann Müller hat zu wiederholten Malen ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten es ablehnen müßten, mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung hineinzugehen. Im ähnlichen Sinne hat sich der Minister des Innern Koch geäußert, während der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Dr. Petersen, im gegenteiligen Gegensatz dazu der Deutschen Volkspartei vorstellte, daß sie „mit falscher Front fechte“. Auf diese Angriffe hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, bei der Eröffnung des neuen Reichsklubs der Deutschen Volkspartei sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage der künftigen Mehrheitsbildung zurzeit noch gar nicht aktuell sei. Sie hänge ausschließlich vom Ausgang der Wahlen ab. Er fuhr dann fort: „Was wir der Demokratischen Partei vorwerfen ist nicht, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammengegangen ist, nein, ihr Sichverbergen vor der Sozialdemokratie, ihr Verlassen der gemeinschaftlichen Grundlage des bürgerlichen Empfindens. Das Bürgerium hätte das Recht gehabt, der führende Teil zu sein. Es soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß eine Partei wie die Sozialdemokratie alle führenden Stellen in dem Kabinett mit ihren Anhängern besetzt und in den anderen nur die dienenden Geister scheidet. Man sagte, man dürfe nicht die Deutsche Volkspartei hineinnehmen, sonst käme der Bürgerkrieg über Deutschland. Wenn das wirklich so wäre, dann würde das den Bankrott der formalen Demokratie bedeuten, denn was bleibt von dem Begriff des Mehrheitswillens als der Grundlage der Regierungsbildung noch übrig, wenn der Bürgerkrieg in dem Augenblick kommen soll, in dem der Volkswille in seiner Mehrheit etwas anderes entscheidet, als es der bestehende Regierung ist? Im übrigen hoffe ich bestimmt, daß dieser Appell an die Furcht im deutschen Bürgerium keinen Widerhall findet. Wenn das Bürgerium immer seinen Mann gestellt hätte und unter ihm sich Persönlichkeiten befunden hätten, die bereit wären, auch mit Gut und Blut für ihre Ideen einzutreten, dann wäre es nicht soweit gekommen, wie es gekommen ist. Es wäre ein Zeichen der Feigheit, wenn man davor zurückschrecken sollte, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen, weil es erforderlich sein könnte, dann auch für diese Ueberzeugung zu kämpfen. Ich möchte doch aber feststellen, daß die bisherige Regierungskoalition es nicht fertig gebracht hat, uns vor dem Bürgerkrieg zu bewahren.“

Aus aller Welt.

(Das geschäftliche Leben) Groß-Berlins steht in Erwartung des bevorstehenden Preissturzes in den lebenswichtigen Artikeln. Die Preisstürze im Engros- und Einzelhandel des neutralen Auslandes üben bisher noch keine Einwirkung auf die Preisgestaltung im Kleinhandel aus, doch zeigt sich seit acht Tagen eine rapid zunehmende Kaufmüdigkeit der besten Käuferkreise Groß-Berlins. Holländische Zeitungen schreiben am Freitag, daß Schuhe und Wäsche in riesigen Quantitäten aus New York nach Europa verfrachtet wurden. In Berliner Händlerkreisen herrscht Panikstimmung, man spricht mit aller Bestimmtheit, daß ein Preissturz von 100 bis 150% zu erwarten ist und daß der längst erwartete Warentrah bevorstehe.

Neueste Meldungen.

Berlin, 4. Juni. (Die Streikabstimmung im Bankgewerbe.) Das Gesamtergebnis der Abstimmung in den Berliner Bankbetrieben ist: 11 412 Stimmen für und 4447 Stimmen gegen den Streik bei 283 Stimmenthaltungen.

Bairisch, 4. Juni. (Dampferverkehr mit Jugoslawien.) Der Bayerische Lloyd hat eine ständige Dampferverbindung auf der Donau zwischen Bayern und Jugoslawien eingerichtet. Der Lloyd unterhält in Belgrad eine Agentur.

Wien, 4. Juni. (Hilferuf Polens an Frankreich.) Nach zuverlässigen Meldungen hat Polen in der letzten Woche in Paris einen Schritt zur Veranlassung einer Intervention Frankreichs im polnisch-russischen Krieg unternommen. Es soll offen gesagt worden sein, daß Polen sich höchstens noch bis Ende Juni halten könne. Trefte bis dahin nicht starke Hilfe ein, so werde die Offensive völlig zusammenbrechen. Das wird aber nicht nur bedeuten, daß die Polen dann zurückzuziehen müßten, sondern es würde vielmehr die völlige Niederlage sein und zur Folge haben, daß binnen kurzem mit dem Einzug der Roten Armee in Warschau zu rechnen sei. Frankreich soll zugesichert haben, 100 000 Mann starke Truppen zur Verfügung stellen zu wollen. Es sei beabsichtigt gewesen, diese auf englischen Schiffen nach Danzig zu bringen und von dort an die Front. England habe jedoch die Lieferung der Tonnage abgelehnt mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Seemächte, die denartige Transporte verweigern. Nun soll versucht werden, die Zustimmung Deutschlands für den Durchmarsch der französischen Truppen zu verlangen, doch zweifelt man daran, daß man diese bekommen wird.

Genf, 4. Juni. (Zur Wahl in Gottha.) „Echo de Paris“ zieht aus dem Ergebnis der Wahlen in Gottha den Schluß, daß auch die Reichstagswahlen einen großen Erfolg der Rechtsparteien haben werden. Das Blatt führt aus: Die preussischen Konservativen würden die Regierung wieder an sich reißen und durch Spitzel einen kommunistenputsch herbeizuführen, um nach dessen militärischer Unterdrückung zur Wiedereinführung der Monarchie zu schreiten. Diese Entwicklung würde die Folge haben, daß Süddeutschland in eine föderalistische Bewegung hineingezogen würde.

Vorausichtliche Witterung.

Sonnabend, 5. Juni: Mäßig warm, wolfig, etwas Regen.
Sonntag, 6. Juni: Mäßig warm, wechselnd bewölkt ohne wesentliche Niederschläge.
Montag, 7. Juni: Etwas wärmer, teilweise heiter, meist trocken.

Kirchen-Nachrichten.

- Pulsnitz.**
- Sonnabend, den 5. Juni, 8 Uhr Jungmännerverein Dhorn.
Sonntag, den 6. Juni, 1. nach Trinit.
8 Uhr Abendmahl
1/9 Predigtgottesdienst (Hebr. 10, 23—27) | Pastor Semm.
Vieder: Nr. 458, 1—3 199, 1—8. 691, 1. 692, 2.
Sprüche: Nr. 152, 149.
2. Jugendgottesdienst für die weibl. Jugend der Parochie (außer Dhorn) Jahrgänge 1918/20. Pfarrer Schulze.
3. Taufgottesdienst.
6. Jünglingsverein.
Montag, den 7. Juni, 8 Uhr Jungfrauenverein Pulsnitz.
Dienstag, den 8. Juni, 8 Uhr Bibelstunde in der Sakristei.
- Richternau.**
- Sonntag, den 6. Juni, 1. nach Trinit.
1/9 Uhr Gottesdienst mit Predigt.
3. Trauung.
Getauft: Herbert Gerhard, Sohn des Wirtschaftsbesitzers Alwin Emil Mögel, hier.
Gebraut: Emil Richard Haase, Zimmermann, hier, ledig, und Margarete Olga Schramm, Wirtschaftsgehilfin, hier, ledig.
- Oberlichtenau.**
- Sonntag, den 6. Juni, 1. nach Trinit.
1/9 Uhr Predigtgottesdienst.
11. Trauung.
2. Jugendgottesdienst für die Konfirmanden.
Gebraut: Arno Oskar Guhr, Gutsbesitzer in Niederlichtenau und Lina Wilba Guhr, Wirtschaftsgehilfin hier.
- Obergersdorf.**
- Sonntag, den 6. Juni, 1. nach Trinit.
8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl.
1/9 Predigtgottesdienst.
1/2 Katechismusunterredung.

Auf nach Oberlichtenau!

Sonntag, den 6. Juni 1920:

Restaurant Pulsnitztal

großes bairisch. Bier-Fest!

Von nachmittags 4 Uhr an
urgemütliche Unterhaltung

des beliebtesten bairischen Komikers **Hans Braml**, genannt
die bairische Sittungs-Kanone.

Alles muß kommen! Tränen werden gelacht!

Eintritt frei!

Für ff. Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Hierzu laden freumblickt ein

Franz Bartusch nebst Frau und Komiker Braml.

Zunächst hält sich Komiker Braml geehrten Vereinen und Gastschmeisern bestens empfohlen, da er noch frei bis 1. Juli.
Ständige Adresse: Bismarckstr. 105.

Geschlechtsstrafe!

Rasche Hilfe durch giftfreie Arven.

Harnröhrenleiden, fähig auch beralteter Aus-
scheidung in kurzer Zeit
ohne Schmerzen und scharfe Entzündungen.

Syphilis, ohne Nervenschädigung, ohne Schmerzen, Quack-
süßer und schmerzhafteste Entzündungen.

Manneschwäche, schnelle wirksame Kur ohne
Bereitschaft.

Über jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen
mit zahlreichen ärztlichen Citaten und hunderten freiwilligen
Dankschreiben Geheilten. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und
Ekelien in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G.77
Potsdamer Str. 123 B. Sprechzeit 9—11, 2—4 Uhr.
Sonntags 10—11 Uhr.
Genauere Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige
Broschüre gelangt werden kann.

Gebr. Bettstelle

mit neuem Strohsack zu verkaufen.
Zu erfr. i. d. Geschäftsj. d. Bl.

Junger Rattler

schon gezähnet zu verkaufen.
Seldstraße 271, I.

Achtung! Landwirte!

Die Saison beginnt!

Haben Sie Reparaturen an Erntemaschinen, so lassen Sie diese sofort erledigen bei

Richard Pauller, Großröhrsdorf

Landwirtschaftl. Maschinenhandlung
und Reparatur-Anstalt.

Tel. 71. Tel. 71.



!Olympia - Theater!

Sonnabend 7 Uhr! Sonntag Anfang 6 Uhr!
Gehetzte Menschen.

Ein Kulturbild aus den Greueltagen der Juden-
hebe in Russland. Zeit vor dem Kriege.
Erschütterndes Drama in 4 Akten.
Kein Kriegsfilm!
Er hatte Schwein. Lustspiel.
Kinder haben zu diesen Vorstellungen
keinen Zutritt!

Schützenhaus.

Sonntag, 6. Juni, von
4 Uhr an
feiner Ball
Eintritt 60, Garderobe 20 Pf
Um gütigen Besuch bittet
Alwin Höntsch.

Guhr's Gasth., Friedersdorf.
Zur Tanzmusik,
Sonntag, den 6. Juni, ladet freundlichst ein
Paul Guhr.

Gasthof weiße Taube, Weißbach
Sonntag, 6. Juni, öffentl. Ballmusik!
Anfang 7 Uhr.

Gasthof Bollung.
Morgen Sonntag, von nachm. 5 Uhr an
feine Ballmusik!
Es laden ganz ergebenst ein **Richard Einde und Frau.**

Deutscher Werkmeister - Verband.
Bezirksverein Pulsnitz u. Umgegend.
Sonnabend, den 5. d. M., abends
8 Uhr im „Herrnhaus“ in Pulsnitz
Versammlung.
Bericht vom Gruppentag.
Vorstands-Sitzung 6 Uhr.
Der Vorstand.

M.-G.-V. Liederhain.
Sonnabend, 5. Juni
Wander - Abend
der aktiven und passiven Mitglieder nach Obergasthof Ober-
felna. — Anschließend Tanzchen.
Treffpunkt Ausgang Schießstraße 7 Uhr.

Für die uns zu unsrer **Hochzeit** in
so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche
und Geschenke sowie dem Männergesangsverein
Ober- und Niederlichtenau für das gegebene
Ständchen
herzlichen Dank.
Oberlichtenau, **Arno Guhr und Frau Milda,**
den 28. Mai 1920. geb. Guhr.

Gestern mittag verschied nach langem Lei-
den sanft und ruhig unser lieber, treusorgender
Gatte und Vater, Schwager und Onkel
Karl Gottlieb Horn
im 66. Lebensjahre.
In tiefem Weh
Pulsnitz, **Anna Horn und Tochter**
den 4. Juni 1920. nebst Verwandten.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag
3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Fußb.-Abt. Turnerbund.
Sonnabend 8 Uhr
Versammlung
im Schützenhaus.
Die Spielleitung.

G. d. A.
Nächste Monatsversammlung
Freitag, den 11. Juni
im Herrnhaus.

Militärver. Pulsnitz MS.
und Vollung.
Sonnabend, den 5. Juni,
abends 7/9 Uhr
Versammlung.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
der Vorstand.

Pa. Speisefalz
frisch eingetroffen
und empfiehlt
Hermann Herzog,
Bischheim.

Briefmarken
an Anfänger u. mittlere Sammler
versendet zur Auswahl ohne
Kaufzwang **Paul Collmann,**
Hamburg 36.

Roggenstroh
hat abzugeben **Max Schöne,**
Lichtenberg 48.

Eine gut erhaltene 5 teilige
Treibmaschine
mit Treiberad und Säuger
zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Die Einkaufsgenossenschaft
der Bäcker- u. Pfefferkuchler-
Zwangs-Innung zu Pulsnitz
und Umgegend, a. G. m. b. H.
sucht eine

kaufmännische Kraft
als Geschäftsführer.
Bevorzugt werden solche Bewerber,
welchen einige Niederlagsräume
zur Verfügung stehen.
Zu melden beim Vorsitzenden
Friedrich Löschner.

Vertretung
einer ersten deutschen Schreib-
maschine f. den Bezirk Pulsnitz
zu vergeben. — Angebote unter
D. G. 3699 an **Rudolf Mosse,**
Dresden.

Jüngeres
Hausmädchen
sucht wegen Erkrankung des jetzigen
Frau Bertha Fabian,
Kamener Straße 252 Bz. I.

Frau
als Aufwartung gesucht.
Wo? Zu erfragen in der
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine **Kleinmagd**
zum sofortigen Eintritt sucht
Max Schöne,
Lichtenberg Nr. 48.

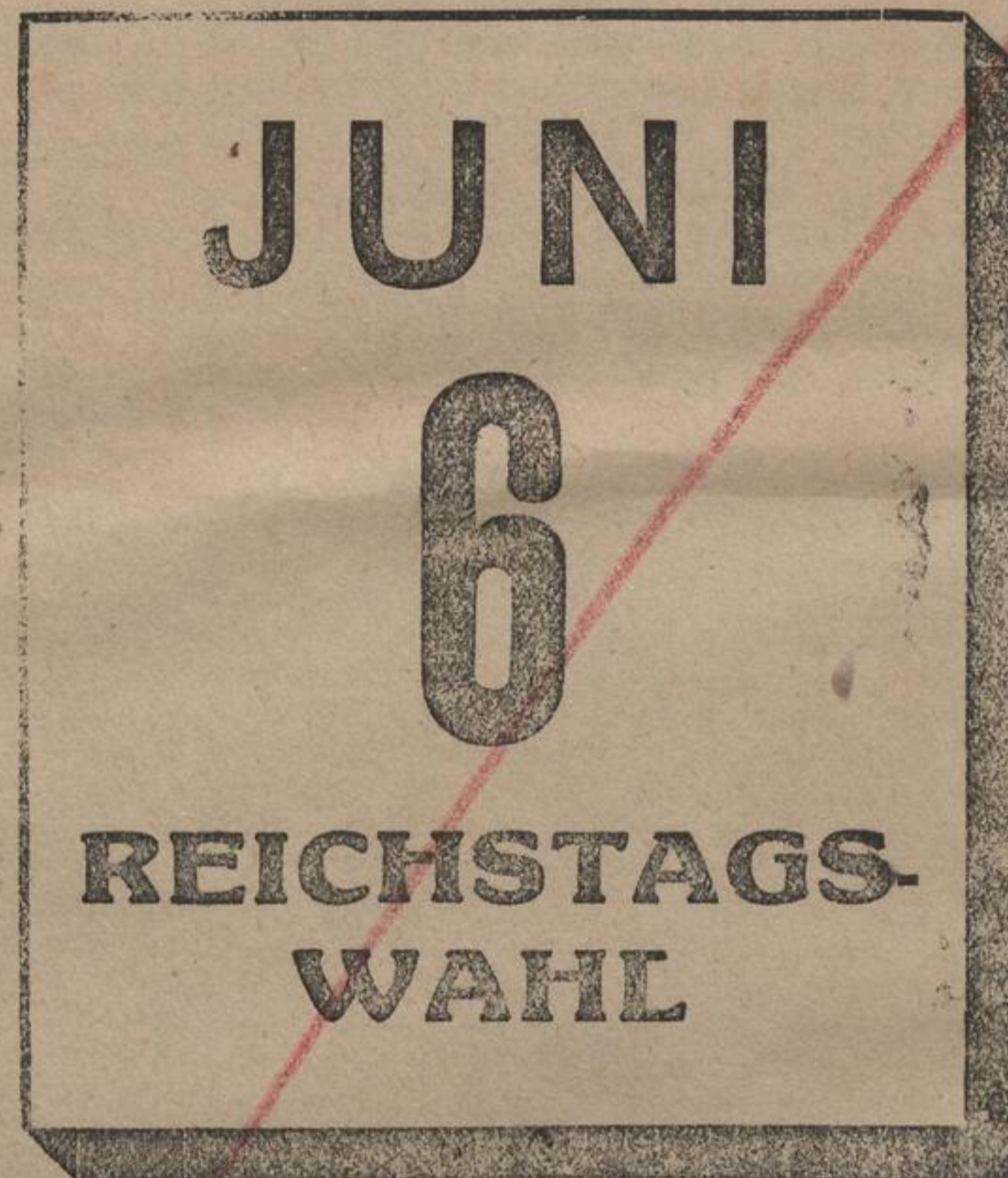
Jüngeres, sauberes, fleißiges
Hausmädchen
bei gutem Lohn sucht sofort
Frau Helbig, Dresden-N.,
Baupner Straße 69.

In letzter Stunde!

Sonnabend, den 5. Juni, abends 7/9 Uhr
im Saale des Schützenhauses zu Pulsnitz

Große öffentl. Wahlversammlung!
Stadtrat **Beck-Dresden,** Reichstagskandidat spricht über:
„Das Gebot der Stunde.“
Freie Aussprache.
Wähler und Wählerinnen, es gilt, der 6 Juni ist entscheidend für
die Zukunft des deutsche Volkes
Deutsche demokratische Partei.
Ortsgruppe Pulsnitz.

Des deutschen Volkes Schicksalstag



Du mußt die Liste
Heinze - Gorge - Everling - Lotte Schurig

wählen!

Deutsche Volkspartei

In letzter Stunde
Sonnabend, den 5. Juni, abends 7/9 Uhr:
Große öffentl. Versammlung

Schreier's Rest. Lichtenberg.
Redner: Landwirt Mägel, Lichtenberg und
Lehrer Dachsels, Kamenz.
Themen: **Demokratie und Landwirtschaft**
Das Gebot der Stunde.
Freie Aussprache.
Hierzu werden alle Wähler und Wählerinnen von
Lichtenberg, Kleinbitmannsdorf und Mittelbach eingeladen.
Deutsche demokratische Partei.
Sekretariat Ostachsen-Land.

Unabh. Soz. Partei Deutschlands
Öffentliche Wählerversammlungen

Freitag, 4. Juni, abends 8 Uhr im Obergasthof Lichtenberg.
Referent: Gen. Klitz, Redakteur der Leipz. Volkszeitung.
Sonnabend, 5. Juni, abends 8 Uhr im Herrnhaus Pulsnitz.
Als Referent ist für diese Versammlung unser bekannter
Genosse **Burhard, Seeligstadt** gewonnen.
Wähler und Wählerinnen! Erscheint in Massen in diesen
wichtigen Versammlungen.
Ortsgruppe Pulsnitz.



Pulsniker Wochenblatt

Mittwoch, 2. Juni 1920.

Beilage zu Nr. 81.

72. Jahrgang.

Die Schraube ohne Ende.

Die Folgen der Lohnstreberei.

Man sollte meinen, daß die Allgemeinheit selbst sofort merken müßte, daß jede Gehalts- oder Lohnerhöhung, die eine einzelne Arbeiterkategorie für sich durchsetzt, ihr, der Allgemeinheit, zum Nachteil gereicht. Wenn z. B. die Eisenbahner oder Straßenbahnangestellten eine Erhöhung des Lohnes durchsetzen, so muß jeder, der die Bahnen benutzt, aus seinem Produktionsanteil an jene Angestellten einen größeren Teil als vorher, abführen. Wenn die Kohlenarbeiter nur noch 8 Stunden täglich bei gleichem oder höherem Lohn arbeiten wollen, so muß Jeder mit dem verringerten Quantum Kohlen für Lieb nehmen, dabei aber noch den früheren oder einen höheren Preis dafür bezahlen.

Was geschieht, wenn die Arbeitgeberschaft eines bestimmten Industriezweiges — oder, wie es tatsächlich der Fall ist — der Staat als Arbeitgeber die ihm im Interesse der Allgemeinheit obliegende Funktion der gerechten Lohnregelung nicht erfüllt, sondern einfach, sei es aus Bequemlichkeit oder aus anderen Motiven alle von der Arbeiterschaft gestellten Forderungen bewilligt? Diese Frage beantwortet Direktor Kurt Grünner, Geschäftsführer des Deutschen Industrieschutzverbandes, in dem Verbandsorgan mit folgenden Darlegungen:

Nehmen wir an, in einem für sich abgeschlossenen Orte, der im ganzen 20 000 Arbeiter umfaßt, setzten 10 000 davon die Erhöhung ihres Lohnes um wöchentlich 100 Mark ohne Mehrarbeitsleistung durch. Die Folge davon wäre, daß diese 10 000 Arbeiter und deren Frauen wöchentlich 1 000 000 Mark mehr bei ihren Einkäufen ausgeben würden. Durch diese Mehrausgabe müßten die Preise für alle Bedarfsgegenstände steigen und die anderen 10 000 Arbeiter würden der Konkurrenz der im Lohne plötzlich besser gestellten Arbeiter bei ihren Einkäufen nicht mehr gewachsen sein. Da die Lohnerhöhung nicht auf einer höheren Arbeitsleistung beruht, würde der Wert des in Gestalt des Lohnes ausgezahlten Geldes sinken. Es tritt also der Fall ein, daß alle, auch die nicht im Lohne aufgebefferten Arbeiter ein geringwertiges Geld, mit dem sie nicht soviel wie vorher kaufen können, erhalten. Die Lohnaufbesserung des einen Teils der Arbeiter bringt also eine unmittelbare Schädigung des anderen Teils mit sich, und der Vorteil der im Lohn aufgebefferten Arbeiter beruht im Grunde nur auf der damit verbundenen Benachteiligung der anderen Arbeiter. Um diese Schädigung gerechterweise zu vermeiden, bliebe gar nichts anderes übrig, als diesen anderen Arbeitern die gleiche Lohnerhöhung zuzubilligen. Damit würde aber natürlich der Vorteil, den die Lohnerhöhung dem einen Teil der Arbeiter gebracht hat, sofort wieder in Wegfall kommen; denn dann würden in dem Orte anstelle der einen Million künftig zwei Millionen Mark mehr auf die Einkäufe verwendet und die Preise der Bedarfsgegenstände im gleichen Verhältnis verteuert werden. Die erste Lohnerhöhung wäre dann für die Arbeiter, die sie durchgesetzt hatten, völlig nutzlos gewesen, und sie würden, sobald sie das merken, sofort wieder mit einer Lohnerhöhung auftreten und — falls sie sie durchsetzen — die übrigen Arbeiter aufs neue schädigen. Hoffentlich erkennt

das schaffende Volk bald, daß die gerechte Zuteilung nach Maßgabe der aufgewendeten Mühe und erreichter Leistung durch die Unternehmer notwendig und für es besser ist. Außer der Leistung des Arbeiters war bisher für die Höhe des Lohnes für die einzelnen Arbeiterkategorien im allgemeinen noch Angebot und Nachfrage ausschlaggebend. Jetzt wird durch die Erwerbslosenfürsorge, den verkürzten Arbeitstag usw. das Arbeitsangebot künstlich so verkleinert, daß es auf die Lohnbemessung nicht

wirken kann. An seine Stelle tritt die bloße Macht, die die einzelnen Arbeiterkategorien, wenn sie wollen, zum Nachteil des ganzen Wirtschaftslebens ausüben können.

Betrachtungen eines Spötters.

Die weiße Dame und die schwarze Gefahr.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung nahm die unabhängige Abgeordnete Luise Ziegler in flammender Rede für die schwarzen Besatzungstruppen Partei, die der Schrecken der rheinischen Frauen und Mädchen sind.

Aber liebes, gutes Lieschen,
Dieses war denn doch ein bißchen
Dicke, was dein Mund geplaudert.
Schäm' dich, Lieschen! Psui! Mir schaudert!

Nimmst die Nigger unter'n Fittich
Deiner Liebe? Kind, ich bitt' dich!
Rührt dich nicht der Schwestern Leiden?
Meinst wohl gar, das wären Freuden?

Wenn dem so ist, wünsch' ich dir,
Aber Frauen schönste Bier,
Daß solch „armer schwarzer Teufel“
Dich befreie von dem Zweifel.

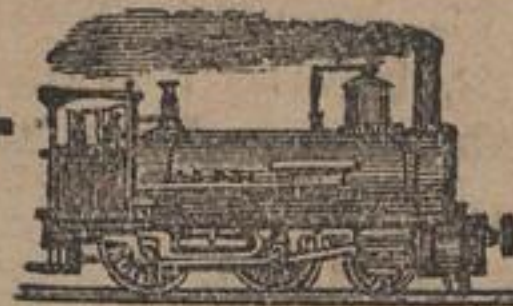
Daß einmal ein Sudan-Neger
Sich dir naht als Schürzenjäger,
Liebend in den Arm dich nähme —
Ob dir solches wohl bekäme?

Blieb' sich dann noch dein Gemüte
Sanft erhebt vom Licht der Güte?
Nein, du schlägst um dich, Lieschen,
So mit Händen wie mit Füßchen!

Freilich hat es — das ist wahr! —
Bei Lutten kaum Gefahr.
Ihre Reize — Gottogott! —
Flieht wohl selbst ein Sottentott

Fidi Fumpei.

Werktags- Fahrplan



— — Giltig ab 1. Juni 1920
Ramenz — Arnsdorf — Dresden.

Ramenz	ab	520	833	1153*	248	913	1118
Bischoheim	♥	536	849	1211*	300	928	1133
Pulsnitz	↓	548	859	1225*	310	942	1146
Großröhrsdorf	↓	558	910	1235*	318	953	1156
Al.-Röhrsdorf	↓	603	915	1240*	323	958	1201
Arnsdorf	an	610	922	1247*	330	1005	1208

Arnsdorf	ab	627		112	335		1217
Bauzen	an	724		204	426		120
Arnsdorf	ab	643	931	125	357	1023	1218
Radeberg	♥	652	939	133		1032	1229
Dresden-Neust.	↓	714	1001	156	421	1058	1256
Dresden-Hptbf.	an	727	1015	209	436	1111	120

Dresden — Arnsdorf — Ramenz.

Dresden-Hptbf.	ab	548	905	1220	309	626	1035
Dresden-Neust.	♥	602	917	1235	323	640	1050
Radeberg	↓	641	947		402	716	
Arnsdorf	an	649	954	109	411	725	1123
Bauzen	ab	531	909			555	833
Arnsdorf	an	642	1003			658	936

Arnsdorf	ab	658	1012	138*	417	759	1129
Al.-Röhrsdorf	♥	710	1024	149*	429	811	1141
Großröhrsdorf	↓	720	1034	159*	438	820	1150
Pulsnitz	↓	730	1043	208*	448	830	1159
Bischoheim	↓	738	1051	216*	456	838	1207
Ramenz	an	747	1059	224*	504	846	1215

Die mit * bezeichneten Züge verkehren nur Sonnabends.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

— (Wahrscheinlicher Zusammentritt des Reichstages am 16. Juni.) Die „L. U.“ verbreitet eine Meldung, daß der Reichstag zum 16. Juni einberufen werde. Die Einberufung werde verfassungsgemäß noch durch den Präsidenten der Nationalversammlung erfolgen. Die Meldung erscheint glaubwürdig.



— (Wichtige Ergebnisse der Landtagswahl im Freistaat Gotha.) Die Landtagswahl im Freistaat Gotha hat einen erheblichen Zuwachs an Stimmen der rechtsstehenden Parteien und einen starken Verlust für die Demokraten und für die beiden Sozialdemokratischen Parteien ergeben. Zahlenmäßig haben ja die Unabhängigen Sozialdemokraten im Freistaate Gotha nicht allzuviel Stimmen verloren, aber da sie bisher in Gotha die vollständige parlamentarische Mehrheit hatten und in der vorigen Wahl über 43 000 Stimmen erhielten, so sind sie durch den Ausfall der neuen Wahl, die ihnen nur 38 000 Stimmen einbrachte, doch um die Regie-

rungsmehrheit gekommen. Die große Veränderung bei der Abstimmung im Freistaate Gotha, wo die rechtsstehenden Parteien entschieden Erfolge errungen haben, scheint übrigens dort durch das selbständige Auftreten der Bauernbundpartei hervorgerufen worden zu sein, welche gegen 22 000 Stimmen erhielt und nach den Unabhängigen die stärkste Partei im Freistaat Gotha ist. Es dürfte also nun der Fall eintreten, daß im Freistaat Gotha eine Regierung nur von den Bürgerlichen gebildet wird.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. (Keine Präsidentschafts-

krise in Frankreich.) Im Gegensatz zu einigen Meldungen bessert sich der Zustand Deschanel's von Tag zu Tag. Der Präsident wird Paris im Laufe der nächsten Woche verlassen, um sich nach einem Aufenthaltsorte in der Nähe der Hauptstadt zu begeben, wo er dreimal monatlich den Ministerrat versammeln wird, und die Dekrete unterschreiben kann. Deschanel hat sich seit seiner Wahl zum Präsidenten überanstrengt und muß sich unbedingt für einige Zeit zur Ruhe setzen. Das Gerücht hingegen, es liege eine Präsidentschaftskrise vor, ist vollkommen unbegründet.

Griseldis.

42) Roman von S. Courts-Mahler.

Das Täfelchen unter dem Bilde zeigte, daß diese Gräfin Charlotte Marie von Treuensfels, geborene Gräfin Saliz-Halm, am 24. Mai 1710 geboren und am 6. November 1788 gestorben war.

Griseldis sah aus den Geburtsnamen dieser Gräfin Charlotte Marie, daß die Verwandtschaft Mutter Annas mit den Grafen Treuensfels schon lange zurücklag. Sie freute sich über das schöne, sonnige heitere Gesicht dieser Gräfin Charlotte Marie.

„Ist sie nicht lieb und schön, die Gräfin Bottenmarie?“ fragte Silba.

„Ja, Silba, sie ist wunderschön. Und sie hat ein liebes und gutes Gesicht“, erwiderte Griseldis, das Bild aufmerksam betrachtend.

Silba nickte eifrig und wichtig.

„Sie war auch lieb und gut, Papa hat es mir erzählt. Und er wünscht, daß ich werden möchte wie Bottenmarie, so schön und gut, und so glücklich. Papa sagt, Bottenmarie war die glücklichste Gräfin Treuensfels.“

Griseldis brückte Silba zärtlich an sich. Sie waren beide so sehr vertieft, daß sie nicht merkten, daß Graf Harro leise durch die offene Tür eingetreten war. Er blieb stehen und betrachtete das reizende Bild, das die beiden jungen, blonden Wesen abgaben. Griseldis saß auf einer hochlehnten, geschlitzten Bank vor dem Bild der Gräfin Bottenmarie, und Silba kniete neben ihr und umschlang Griseldis mit beiden Armen. Die untergehende Sonne fiel durch die hohen Fenster in den Saal und verbreitete einen goldenen Schein um die blonden Köpfe.

Er hörte die Worte seiner Tochter und hörte auch die Antwort, die Griseldis gab.

„Gott gebe, daß dieser Wunsch deines lieben Vaters in Erfüllung geht, mein liebes, liebes Kind.“

So sagte Griseldis innig.

„Bin ich dein liebes, liebes Kind, fragte Silba liebebedürftig.“

„Ja, du bist es, ich habe dich sehr, sehr lieb.“

„O, das ist schön. Es gefällt mir, daß du liebes Kind zu mir sagst und nicht, wie die andern alle,

armes Kleines. Auch Beate sagt das. Und das will ich nicht hören, da muß ich weinen.“

„Nein, das werde ich auch sicher niemals zu dir sagen. Du bist ja gar kein armes Kleines, sondern ein sehr glückliches und beneidenswertes Kleines. Du wohnst ruhig und sicher in einem schönen Schlosse, hast alles, was du brauchst, und vor allen Dingen einen lieben, guten, herrlichen Vater, der dich lieb hat und alles tun wird, was er kann, um sein liebes Kind glücklich zu machen.“

Silba nickte überzeugt.

„Ach, liebe Griseldis, alles, was du sagst, gefällt mir. So dumm ist es, daß sie armes Kleines zu mir sagen. Du verstehst das viel besser. Du weißt, daß ich ein glückliches Kleines bin.“

„So ist es recht, Silba. Daran halte fest. Man muß sich nicht bedauern lassen, wenn man sich wohl und glücklich fühlt. Und das kann man immer, immer wenn man nur ernstlich will, und wenn man ein reines Herz hat und nichts Böses tut. Und gut und gesund muß man sein, dann ist man auch glücklich.“

Graf Harro hatte jedes dieser Worte gehört. Ihm war ganz seltsam ums Herz. Leise und ungesehen entfernte er sich wieder.

Draußen atmete er tief auf und nickte vor sich hin. Ja — das war die rechte Erzieherin für seine Tochter. Er fühlte, daß sie ihre Aufgabe richtig erfaßt hatte. Und zugleich ging von ihren Worten auch ein leiser Trost für ihn selber aus. War es nicht wie eine Verheißung, daß auch er sich wohl und glücklich fühlen könne, da er schuldlos war?

Griseldis!

Er sagte ihren Namen leise und lächelnd vor sich hin.

Griseldis!

Wie dieser Name zu ihr paßte, wie er sich mit ihr einte zu einem harmonischen Ganzen.

* * *

Einige Tage vergingen. Griseldis hatte sich schnell in Schloß Treuensfels eingelebt, und sie hätte sich in ihrer neuen Stellung restlos glücklich fühlen können, wenn nicht zweierlei sie daran gehindert hätte. Das war Komtesse Beates feindliches Wesen und Graf

Harros düstere, von herbem Seelenschmerz zeugende Traurigkeit.

Hauptsächlich das letztere tat ihr weh. Sie hätte freudig das Schwerste vollbracht, wenn sie ihm hätte helfen können. Sie verhehlte sich nicht, daß sie ihr junges Herz an ihn verloren hatte, daß sie ihn liebte mit der ganzen Kraft und Inbrunst ihrer Seele.

Keine Wünsche und Hoffnungen knüpften sich an diese Liebe. Sie wußte, daß sie aussichtslos war, und fand sich damit ab wie mit etwas Unabwendbarem. Gern hätte sie auch alles Leid auf sich nehmen wollen, wenn sie nur ihn hätte wieder glücklich sehen können. Aber leider lag es nicht in ihrer Macht, ihm zu helfen. Und so mußte sie sich damit begnügen, zuweilen ein wenig Sonnenschein in sein Leben zu bringen.

Mit Silba war sie ein Herz und eine Seele. Das Kind hatte sich mit einer großen Innigkeit an sie angeschlossen und teilte seine Bärtlichkeiten nur zwischen ihr und dem geliebten Vater.

Und es machte Griseldis innige Freude zu beobachten, wie die junge Seele sich ihr mehr und mehr erschloß. Sie widmete sich ganz ausschließlich dem Kinde. Nicht nur ihr geistiges und seelisches Wohl hielt im Auge, sondern auch Silbas körperliche Entwicklung. Es war wirklich, als wenn jetzt eine treue liebevolle Mutter über dem kleinen Komteschen wachte.

Graf Harro hatte Griseldis scharf beobachtet und war zu der Ueberzeugung gekommen, daß er sich glücklich schätzen konnte, eine so verständnisvolle und liebevolle Erzieherin für seine Tochter zu finden. Die erste Woche ließ er verstreichen, ohne einen bestimmten Unterrichtsplan mit Griseldis zu besprechen. Silba war noch nicht ganz sechs Jahre alt, und es eilte ihm noch nicht damit. Als Griseldis selbst ihn danach fragte, sagte er freundlich:

„Warten wir noch. Leben Sie sich erst ein und schließen Sie erst gründlich Freundschaft mit Silba, damit sie erst in Ihnen die Freundin findet. Die Lehrerin soll dann an die Reihe kommen. Ostern ist vor der Tür, und Silba kommt ja jetzt erst in das schulpflichtige Alter. Ich bin noch dabei, einen Plan für den Unterricht fertig zu machen. Nach dem Osterfest können Sie dann mit dem Unterricht beginnen.“ Forts. folgt.

